

Ostdeutschland gibt. Diese liegen z.T. weiter auseinander als die Erfahrungen zwischen Ost- und Westdeutschen. Damit meine ich, daß es keine „ostdeutschen Sonderwege“ geben sollte, denn die würden nur das zementieren, was wir verhindern wollen, nämlich das Fort- bzw. Wiederaufleben einer inneren deutschen Spaltung.

Ich komme jetzt zum Schluß. Als Fazit bleibt mir die Feststellung, daß der Vereinigungsprozeß erfolgreicher abgelaufen ist, als weite Teile der öffentlichen Diskussion nahelegen. Nach Umfrageergebnissen will nur eine kleine Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung zurück in die DDR. Das will nicht einmal die Mehrzahl der PDS-Wähler.

Wir sollten nun beginnen, die gewiß nicht zu unterschätzenden Herausforderungen als gesamtdeutsche zu begreifen, und die deutsche Vereinigung auch einmal als das zu würdigen, was sie letztlich ist: die Befreiung der ostdeutschen Bevölkerung von einer Diktatur und die Wiederherstellung der deutschen Einheit in einem demokratischen und freiheitlichen Staat, der nicht mehr nach Sonderwegen trachtet, sondern in das westliche Bündnis und den europäischen Einigungsprozeß eingebettet bleibt. Dies ist viel mehr, als man nach 45 Jahren deutscher Teilung erwarten konnte und relativiert die jetzt auftretenden Probleme des Vereinigungsprozesses als vorübergehende Erscheinungen. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank Herr Schroeder. Wir haben jetzt noch eine knappe Stunde für die Diskussion. Es haben sich fast alle hier anwesenden Mitglieder der Enquete-Kommission zu Wort gemeldet. Ich möchte mir eine Vorbemerkung erlauben: Thema des heutigen Tages ist die Arbeits- und Sozialpolitik.

Ihre z.T. etwas provokanten Thesen, Herr Dr. Schroeder, sprengen diesen Rahmen, und es sind Anmerkungen von Ihnen gekommen, über die wir jetzt sehr lange und sehr heftig diskutieren könnten, die aber nicht zu diesem Thema gehören. Ich will dazu nur eines sagen, insbesondere zu den Sätzen, die Sie eingangs brachten, und die auch in Ihrem Papier nachzulesen sind. Ihrer Meinung nach hätte die Regierung Kohl die deutsche Einheit gegen den teilweise erbitterten Widerstand der westdeutschen Opposition von SPD und Grünen vollendet. Darüber hinaus steht in Ihrem Material auch die Formulierung „gegen den entsprechenden Widerstand des überwiegenden Teils der Bürgerrechtsgruppen“.

Ich habe mich immer gegen Legendenbildung gewehrt, auch von der Seite, die Sie vorhin beschrieben haben, und ich muß sagen, ich wende mich auch gegen Legendenbildung, wenn sie von einer entgegengesetzten Seite kommt. Ich will gerne beweisen, aber wir haben nicht die Zeit dazu, den Nachweis zu erbringen, daß diese Behauptungen falsch sind. Es genügt, vom Zeitpunkt des Falls der Mauer an, über den Runden Tisch, über die Debatten in der Volkskammer usw. dies alles aufmerksam zu verfolgen. Genauso muß man auch all das aufmerksam verfolgen, was im Bundestag, was von der SPD, von den Grünen und

der Bürgerrechtsbewegung wirklich gesagt wurde, um diese These zurückzuweisen.

Ich möchte die Enquete-Kommission auffordern, bei dem Thema Sozialpolitik und Arbeitspolitik zu bleiben, sowohl mit der Fragestellung als auch mit den entsprechenden Antworten, damit wir uns jetzt nicht verfransen.

Als erster hat Herr Moreau das Wort, dann Herr Kuhn.

Sv. Dr. Patrick Moreau: Ich habe eine Bemerkung zu Herrn Schwitzers Ausführungen. Polikliniken à la DDR existieren in Frankreich nicht. Juristisch gesehen sind die sogenannten Polikliniken, Ärztehäuser oder Sonderbereiche der Krankenhäuser. Ich vermute, daß Sie sich da irren.

Die zweite Dimension, das ist mehr eine Frage an Herrn Professor Ronge: Können diese Wanderungen in die neuen Bundesländer nicht auch hauptsächlich aus sogenannten Rücksiedlern stammen? Ich denke an unsere ostdeutsche Gemeinschaft in München. Sie hat sich in den letzten 24 Monaten wahnsinnig stark verschmälert, und die meisten Leute, die ich kannte, sind wieder in Sachsen und in Thüringen anzutreffen.

Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Danke, Herr Vorsitzender. Ich möchte mich einem Thema widmen, das schon heute in unserer Diskussion eine Rolle gespielt hat. Es geht um das Leben der Behinderten in der ehemaligen DDR und jetzt in der Bundesrepublik Deutschland. Wie ist es den Behinderten im Transformationsprozeß ergangen? Herr Habermann hat zum Schluß seiner Ausführungen eine interessante These aufgestellt, die lautet: Nach wie vor, egal ob in der DDR oder auch in der Bundesrepublik, hätten die Behinderten eine schlechte Stellung in der Gesellschaft, seien nicht ins öffentliche Leben integriert, hätten erschwerten Zugang zur Bildung und außerdem erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt.

Ich wehre mich entschieden dagegen, das einfach so pauschal gleichzusetzen. Sie merken, daß einem da schon die Nackenhaare nach oben gehen können, wenn man vier Jahre Kommunalpolitik gemacht hat. Deshalb stelle ich an Sie, Herr Habermann, eindeutig die Frage: Ist Ihnen bekannt, daß geistig behinderte Menschen in der DDR für bildungsunfähig erklärt wurden? Ist Ihnen bekannt, daß wir nach der Wende Schulen für geistig Behinderte eingerichtet haben, daß wir ambulante Frühförderung für geistig behinderte Menschen gemacht haben? Das heißt, daß wir nach der Wende die Integration dieser Menschen ermöglicht haben, die zu DDR-Zeiten keine Chance hatten, überhaupt integriert zu werden, die auch aus dem Bild des öffentlichen Lebens in der DDR völlig verdrängt wurden? Ist Ihnen bekannt, daß wir nach den Behinderten-Schulen entsprechende Werkstätten errichtet haben? Ich glaube, Sie arbeiten in einer solchen Einrichtung, in der auch eine Berufsausbildung möglich ist, wo in diesen Werkstätten Behindertenbetreuung stattfindet, wo letztendlich auch behindertenbetreutes Wohnen ermöglicht wird, d. h. eine ganzheitliche Betreuung gewährleistet ist?

Ich kann Ihre Argumentation überhaupt nicht verstehen. Wenn ich mir anschau, was an Infrastruktur auch in den Städten gebaut worden ist. Ich habe zu DDR-Zeiten nicht gesehen, daß da ein behindertengerechter Fußgängerüberweg errichtet worden ist, so daß der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln garantiert wurde.

Wissen Sie, daß auf dem Arbeitsmarkt, im öffentlichen Dienst eine Quote existiert, wonach man Behinderte, egal ob körperlich oder geistig behinderte Menschen schon mit einem gewissen Druck einstellen muß, daß da eine Pönalisierung auch möglich ist, und daß ein entsprechendes Entgelt gezahlt werden muß, ich glaube 25.000 DM, wenn sie die Quote nicht einhalten? Weiterhin existiert der Lohnkostenzuschuß, um ein Unternehmen, das einen Behinderten einstellt, auch entsprechend zu fördern.

Ich meine, daß wir mit einer solchen Schwarz-Weiß-Malerei der Situation nicht gerecht werden. Einfach zu sagen, da hat sich doch im Prinzip nichts geändert, die Behinderten haben noch wie vor sehr schwierige Bedingungen und das funktioniert alles nicht, das entspricht nicht der Wahrheit.

Weiterhin sagen Sie: Wenn wir uns jetzt das Gesetz anschauen und den entsprechenden Paragraphen aufschlagen, kann man erkennen, daß die Sozialhilfe in ihrem Wachstum auf nur noch 2 % in Ost und 1 % in West beschränkt worden ist. Dazu kann ich nur sagen: Wenn das alles ist, was an Aussagen von Ihnen herüberkommt, nämlich, daß sich nichts für die Behinderten getan hat, dann frage ich Sie, was haben Sie zu DDR-Zeiten gearbeitet? Haben Sie dort mit Behinderten zu tun gehabt? Haben Sie dort solche Einrichtungen einmal gesehen, Schwerstbehindertenheime, Multimobili etc.?

Haben Sie gesehen, wie die Behinderten, das haben wir heute vom Sozialminister gehört, quasi in geschlossenen Anstalten mit Psychopharmaka als Insassen gehalten und nicht als Bewohner behandelt wurden? Wenn Sie das gesehen haben, dann kann ich Ihre Aussagen überhaupt nicht verstehen, und ich möchte gerne, daß Sie mir diese Fragen, die ich eben gestellt habe, auch beantworten.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als nächster Herr Kowalczuk, dann Herr Spiller bitte.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Meine erste Frage richtet sich an Herrn Schweizer. Mich hat die Tabelle auf Seite 6, 7 bezüglich der Zufriedenheitsskala sehr interessiert. Ich habe hierzu eine Frage, obwohl ich mir Ihre Antwort fast denken kann. Ich würde das trotzdem von Ihnen mehr oder weniger verbindlich hören wollen. Gibt es so eine Untersuchung auch für die Zeit vor 1989, also vor der Revolution?

Daran schließt sich eine andere Frage an: Es gab in Leipzig das mittlerweile bekannte Friedrich-Institut, also das Institut für Jugendforschung. Gab es eine ähnliche Forschung zu den alten Menschen? Mir ist bekannt, daß es kein Institut zur Rentnerforschung gab. Aber gab es zu diesem Thema an Ihrer Aka-

demie der Wissenschaften einen größeren Arbeitsbereich, oder waren Sie da mehr oder weniger ein Alleinkämpfer?

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Ronge. Ich fürchte auch bei dieser Frage, daß Sie mir eine abschlägige Antwort geben müssen. Mich interessiert, ob es eine Untersuchung über das Qualifikationsniveau und über die Altersstruktur der Wandernden gibt? Also über diejenigen, die aus den neuen Bundesländern weggehen bzw. auch über diejenigen Personen, die in die neuen Bundesländer kommen?

Ich hätte gerne einen weiteren Themenkomplex von Ihnen beantwortet. Ich habe vorhin aus Ihren einführenden Worten geschlossen, daß Sie vielleicht etwas dazu sagen könnten, wie die Wanderungen aus der Bundesrepublik vor 1989 in die DDR aussahen? Hierbei handelt es sich natürlich um keine Größenordnungen, aber es gab doch immer ein paar Wanderungen wegen Familienzusammenführungen etc. Haben Sie darüber vielleicht noch weitergehende Erkenntnisse?

Meine letzte Frage richtet sich an Herrn Schroeder. Ich hatte mir hier schon ein paar Punkte aufgeschrieben, aber ich respektiere das, was unser Vorsitzender gesagt hat, und ich gehe auf diese polemischen Dinge nicht ein. Ich habe aber eine konkrete Frage an Sie: Sie konstatierten, daß die Integration von alten Kadern fast besser gelang, als die Integration von denjenigen, die aus politischen Gründen kein bestimmtes Bildungsniveau erreichen konnten, und denen es einfach auch an Qualifikation mangelte, um auf schnellstem Wege in die neue Gesellschaft integriert zu werden. Das ist eine Sache, die wir ganz speziell auch im Wissenschaftsbereich, in der Geschichtswissenschaft über Jahre oder über einige Jahre hinweg doch ziemlich intensiv und auch heftig diskutiert haben. Mich würde interessieren, ob Sie eine Chance sehen, daß man an diesem Zustand heute noch etwas verändern kann. Uns geht es ja auch um Handlungsempfehlungen. Sehen Sie da Möglichkeiten, daß man diesen Zustand, zumindest den Zustand der Nichtintegration von den ehemals Ausgegrenzten jetzt noch ändern kann? Danke.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Spiller bitte.

Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Ich habe eine Frage Herrn Dr. Ronge. Sie haben in Ihren Ausführungen angedeutet, daß nähere Auskünfte zu den Wanderungsbewegungen eventuell doch einer anderen Grundlage, im Sinne von Befragungen anstelle von vorhandenen Statistiken, bedürften. Ich frage trotzdem, weil z.T., soweit mir bekannt ist, bei der Wanderungsstatistik gelegentlich auch die Frage nach der Herkunft, also von welchem Bundesland wechselt man in ein anderes Bundesland, erfaßt wird. Ist eine Aussage möglich, ob von der, wie ich finde, erfreulichen Zuwanderung in die neuen Bundesländer, auch ein größerer Anteil von Rückwanderern vorhanden ist? Ich meine damit Ostdeutsche, die für einige Jahre in Westdeutschland gewesen sind und wieder zurückkehren? Können Sie sonst sagen, worauf sich das konzentriert? Ich weiß

nicht, ob Sie auch etwas zu Berufen oder zur Alterszusammensetzung ausführen können.

Herr Poppe, Sie haben gemahnt, bei dem letzten Vortrag von Herrn Schroeder nicht auf den polemischen Teil allzusehr einzugehen. Ich schenke mir das einmal. Den starken Tobak, den kommentiere ich jetzt nicht. Es gab aber auch in dem Bereich Wirtschaft und Soziales, in dem Referat, was Herr Schroeder uns vorgetragen hat, eine ganze Reihe von Thesen, die ich auf Unkenntnis zurückführe. Aus diesem Grunde möchte ich da eigentlich keine Frage stellen, weil ich mir keine Erleuchtung verspreche. Ich möchte nur anmerken, daß es eine Reihe von Thesen im Zusammenhang mit Wirtschaft und Soziales gibt, die offenbar von Herrn Schroeder ohne hinreichende Kenntnis entwickelt worden sind.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hätte es in diesem Fall doch besser gefunden, Sie hätten angedeutet, um welche Themen es geht, aber ich kann Sie dazu nicht zwingen.

Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Wenn von Herrn Schroeder gesagt wird, daß 70 % der Transfersumme für konsumtive Zwecke verwendet wurden, dann stellt sich mir die interessante Frage, was Transfer ist. Wenn Sie auf die Idee kommen, die Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme wie Renten und Arbeitslosenversicherung etc. seien ein Transfer, dann mögen Sie Recht haben. Dies ist aber eine gänzlich unangemessene Charakterisierung, denn dann müßte man auch von vielen Transferleistungen innerhalb der alten Bundesrepublik sprechen, das macht aber kein Mensch. Wenn man so herangeht und die Bemessungsgrundlage bei 100 % ansetzt, wäre alles, was irgendwie aus dem Bundeshaushalt oder aus Länderhaushalten, aus sozialen Sicherungssystemen nach Ostdeutschland fließt, ein Transfer. Durch diese Vorgehensweise muß man zwangsläufig zu irrtümlichen Aussagen kommen.

Es gibt auch eine Reihe von Äußerungen, bei denen ich vermute, daß sie einer individuellen Einschätzung entspringen, bei denen es sich um keine empirisch belegbaren Aussagen handelt. Eine Bemerkung will ich mir nicht verkneifen: Ich finde es gänzlich unangemessen, in einem wissenschaftlichen Vortrag von „nationaler Ruhrseligkeit“ zu sprechen, wenn es um die positive Grundhaltung der Westdeutschen nach 1990 geht. Das ist auch keine wissenschaftliche Sprache. Ich mache meine Bemerkung an Ihren Äußerungen fest, wenn Sie z. B. sagen, „offenbar seien doch ganz viele der und der Meinung“, oder wenn Sie von der „weitverbreiteten Illusion in Ostdeutschland, man könne die Vorteile der alten DDR mit den Vorteilen der Bundesrepublik kombinieren“, sprechen. Die „weitverbreitete Illusion“, wie kommen Sie zu einer solchen Aussage, Herr Schroeder?

Ich vermute hierbei, daß es sich, weil Sie sich gerne mit Legenden befassen, einfach auch um eine Legende handelt. Leider sind Sie vielleicht ein bißchen von dem Thema Legenden angesteckt worden. Sie können selber gut stricken.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich mache jetzt einmal einen Strich. Wir haben noch vier weitere Wortmeldungen. Ich möchte nicht, daß diese Diskussion in eine etwas verhärtete Atmosphäre gerät. Ich gebe jetzt erst einmal denen, die bisher angefragt waren, die Gelegenheit, zu antworten. Danach haben wir noch einmal eine Fragerunde mit vier weiteren Mitgliedern der Enquete-Kommission. Bitte, Herr Dr. Schroeder. Vielleicht wollen Sie beginnen.

PD Dr. Klaus Schroeder: Ich weiß gar nicht, wie ich zu der Ehre komme, so aggressiv attackiert zu werden. Anscheinend habe ich mit einigen Äußerungen ins Schwarze getroffen. Ich will auf den ersten Punkt – zur Frage der Befürwortung der Vereinigung und des schnellen Weges dorthin – darauf hinweisen, daß ich die etwas polemische Schärfe im mündlichen Vortrag herausgenommen habe. Ich habe hier nur vorgetragen, daß es von Teilen der Bürgerbewegung gerade gegen die schnelle Vereinigung Widerstand gab. Wenn Sie das nicht sehen wollen, gut, dann ist das eine Verdrängungsleistung, zu der ich Ihnen gratuliere, aber diese Thematik wird ohnehin an anderer Stelle ausgefochten.

Jetzt möchte ich zu inhaltlichen Punkten überwechseln. Herr Spiller, ich habe bei der Transfersumme und deren Aufschlüsselung die Berechnungen der Deutschen Bundesbank übernommen. Die Deutsche Bundesbank erfaßt unter der Transfersumme nicht die Sozialleistungen an sich, sondern das, was vom westdeutschen Sozialsystem auf das ostdeutsche übertragen wird. Das kann man anders sehen, dann können Sie aber Ihre Kritik bei der Deutschen Bundesbank und gemeinhin bei allen, die diese Auffassung vertreten, anbringen. Es ist aber Allgemeinut. Nun gibt es ja vielleicht das „Spillersyndrom“, bei dem man das alles aus Prinzip anders macht, das können Sie ja in die öffentliche Debatte einführen, aber meine Ausführungen als Polemik oder unwissenschaftlich zu bezeichnen, zeigt nur, daß Sie nicht wissen, wovon Sie reden. Es ist parteiübergreifend völlig unbestritten, daß das Schwergewicht dessen, was ich hier als Transfer bezeichnet habe, sich stärker vom konsumtiven zum investiven Bereich verlagern müßte. Wenn wir uns darauf auch hier verständigen könnten, wäre das doch schon immerhin etwas.

Ich komme jetzt zum zweiten Punkt. Ich habe, um Ihnen eine „Zahlenschlacht“ zu ersparen, nicht immer Prozent- oder andere Zahlenangaben gemacht. Zu dem Bereich, den Sie erwähnen, bei dem es um eine weit verbreitete Illusion geht, kann ich folgendes anmerken: Wenn Sie fragen, welche sozialen Leistungen der DDR auch im neuen System übernommen werden sollten, finden Sie 70 % bis 80 % der Befragten, die genau das aufführen, was ich „weit verbreitet“ genannt habe. Wenn Sie wollen, schicke ich Ihnen das Manuskript zu, dann können Sie mir widersprechen. Was gemeint ist, ist doch klar. Es handelt sich hierbei um die vorherrschende Meinung, daß es möglich sei, die Vorteile des einen mit den Vorteilen des anderen Systems zusammenzubringen. Tun Sie doch nicht so, als ob das nicht der Stoff ist, aus dem die Vorurteile gegen die gewählte Art des Vereinigungsprozesses entstanden sind. Sie sollten dem

viel stärker entgegenwirken, um klarzumachen, wie Systeme im Inneren zusammengesetzt sind, und wie das Verhältnis z. B. zwischen Wirtschaft und Sozialsystem funktioniert. Hier bietet doch die DDR ein lernfähiges Beispiel.

Ich möchte jetzt jenseits Ihrer Attacken zu dem Punkt kommen, den Herr Kowalczuk angesprochen hat. Hier gibt es im wesentlichen nur Spekulationen und Indizien, die sich z.T. über die ZERV, z.T. aber auch über die Auswertung von Wahlen ergeben, z. B. daß die PDS in der Gruppe der Selbständigen relativ viele Wähler hat. Es gibt bei der Untersuchung lokaler und regionaler Zusammenhänge immer wieder den Hinweis auf diese Netzwerke. Es gibt vor allen Dingen, und das ist der zahlenmäßig größte Punkt, im Staatssektor durch den Vereinigungsvertrag relativ viele Personen, die früher in privilegierten Positionen waren und übernommen wurden. Die Situation sieht weiterhin so aus, daß dagegen diejenigen Personen, die in der DDR außen vor standen, nicht übernommen werden konnten. Wenn Sie sich – Sie kommen ja auch aus Berlin – in Berlin z. B. ansehen wie Lehrer, die vor 1989 in Ostberlin der Schule verwiesen wurden, heute keine Stelle mehr erhalten, dann ist das für mich ein Skandal. Diese Tatsache zeigt, daß die politische Sensibilität denjenigen gegenüber, die ja nicht unmaßgeblich den Sturz des Regimes herbeigeführt haben – ich denke, da sind wir uns wieder einig –, nicht vorhanden ist. Ich kann mir nur vorstellen, und das wäre das naheliegendste, daß wir einen Teil des alten SED-Geldes, also dessen, was sich die SED unrechtmäßig angeeignet hat, und was wir noch nicht einmal zu einem Bruchteil zurück haben, dazu benutzen, um den Betroffenen Hilfe bzw. nachholende Qualifizierungsmöglichkeiten zu geben. Es wird schwer sein, den Personenkreis einzugrenzen, aber ich denke, das kann und sollte man machen, damit die derzeit existierende Schieflage wenigstens ein bißchen kompensiert wird.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Professor Ronge bitte.

Prof. Dr. Volker Ronge: Wenn es um harte wissenschaftliche Daten geht, bin ich in einer ganz schwierigen Situation, weil ich Ihnen in der Hauptsache auf alle Fragen nur die Antwort geben kann, was es datenmäßig nicht gibt und – bestenfalls – warum es das nicht geben kann.

Ich fange vielleicht am einfachsten mit einer historischen Bemerkung an. Warum wußten wir vor 1989 über sozial-strukturelle Merkmale der Übersiedler Bescheid? Das ist ganz einfach. Wir hatten dort die Besonderheit, daß die Übersiedler, als sie in den Westen kamen, einem Meldeverfahren unterzogen worden sind oder sich selbst unterzogen haben. Dafür zuständig war das jetzt aufgelöste Bundesausgleichsamt. In diesem wurden alle Übersiedler nach sozial-strukturellen Merkmalen befragt, die dann wissenschaftlich genutzt werden konnten. Nachdem wir das Bundesausgleichsamt nicht mehr haben, befinden wir uns in einer Situation, in der individuumsbezogene Wanderungsdaten nicht mehr vorhanden sind.

Ich kann Ihnen aber sagen, Herr Spiller, woher und wohin sich die Wanderungsbewegungen bewegen. Ich kann Ihnen das z. B. saldiert beantworten, es wandern so viele Einwohner aus einem Bundesland weg und in ein anderes hinein, oder aus einer Kommune usw., aber ich kann niemals feststellen, ob es sich dabei vielleicht um einen Rückwanderer handelt. Es gibt keine individualsbezogene Verfolgbarkeit von Wanderungsbewegungen. Diese könnte es nur sehr mühsam geben, indem man nicht über die amtliche Statistik, sondern über Meldedaten gehen würde. Dann muß ich aber entsprechende Samples ziehen, was ziemlich schwierig ist. Damit beantwortet sich fast alles, was Sie gefragt haben, sowohl zur Rückwanderung bezüglich der sozial-strukturellen Differenzierung, als auch zur räumlichen Wanderung.

Man kann natürlich auf diejenigen sozialstrukturellen Merkmale rekurren, die die amtliche Statistik selber benutzt. Dies sind in der Hauptsache zwei Merkmale: Es handelt sich dabei um die Geschlechtsdifferenzierung und die Altersdifferenzierung, beide z. B. unter dem Gesichtspunkt von „brain drain“-Überlegungen durchaus von Interesse. Ich habe mir das m.E. einzig vorhandene sozial-strukturelle Differenzierungsmerkmal, das Alter, einmal angeschaut. Das impliziert eine Frage der Abgrenzung. Wenn wir z. B. die Jugendkohorte nehmen, und zwar die Jugendkohorte 15- bis 20jähriger und 20- bis 25jähriger zusammengenommen – man könnte der Meinung sein, daß dies für eine Volkswirtschaft eine besonders wichtige Kohorte ist –, kann man in der Statistik verfolgen, wie die Konstellation 1990 und zum Vergleich 1994 gewesen ist. Ich kann Ihnen nur in Kürze darstellen, wie das aussieht. Wir finden eine Situation vor, in der die zusammengefaßte Jugendkohorte 15- bis 25jähriger in den neuen Bundesländern 1994 zahlenmäßig in etwa genau so groß ist wie 1990. In dieser Kohorte herrscht dort also Stabilität, während in den alten Bundesländern in dieser Kohorte ein Verlust von etwa einer halben Million Menschen zu verzeichnen ist. Hier steht also, wenn wir diese Jugend und ihre Migration für wichtig erachten, die Altbundesrepublik schlechter da als die neuen Länder. Die Erklärung dafür können Sie der Geburtenstatistik bei Herrn Dorbritz entnehmen. Es handelt sich hierbei um die Alterskohorten, bei denen in der DDR mehr Kinder auf die Welt gebracht wurden als im Westen. Diese „Mehr-Kinder“ sind jetzt in dieser Altersgruppe 15- bis 25jähriger. Das heißt, wir haben hier dieses vergleichende Jugenddatum, aber wir können es mit großer Wahrscheinlichkeit nicht auf Wanderungen zurückführen, sondern auf unterschiedliche Geburtenhäufigkeit in Ost und West in den siebziger Jahren.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Habermann bitte.

Karl Habermann: Ich bin eigentlich entsetzt, daß mein Vortrag in der Form bei Ihnen angekommen ist. Ich habe schon eingangs versucht, zu differenzieren, daß ich nicht für die gesamte Behindertenbreite sprechen kann, sondern mich nur speziellen Aspekten zuwenden kann. Hierzu zählt z. B. nicht die Hospitalisierung für psychisch Kranke in Krankenhäusern, was Sie richtig bemerkt haben. Ich weiß auch nichts darüber, wie die Kommunen für Körperbe-

hinderte bestimmte Auflagen und Forderungen z. B. mit Absenkung von Bordsteinen und dergleichen durchsetzen.

Ich denke, die konkrete Gegenüberstellung der Situation in der ehemaligen DDR und der jetzigen Situation kam deutlich aus meinem Vortrag heraus. Daß die Rahmenbedingungen ideal sind, daß sie wirklich die gesetzlichen Vorgaben, Arbeitsmöglichkeiten mit und für die Behinderten geschaffen haben, die es vorher noch nicht gab, habe ich besonders hervorgehoben. Selbst wenn ich vorhin Quadratmeterzahlen zitiert habe, 12 oder 15 qm für einen behinderten Menschen, ist diese Festlegung im Gesetz festgeschrieben, das ist doch etwas Einmaliges. Die Kinderzimmer in den Plattenbauten liegen bei 9 bis 11 qm.

Meinen Abschlußsatz kann ich selbstverständlich interpretieren und dazu stehe ich noch.

Die gesellschaftliche Akzeptanz, d. h. wie wir als Mitmenschen mit unseren behinderten Mitbürgern umgehen, spielt meines Erachtens eine bedeutende Rolle. Die gesellschaftliche Akzeptanz war zu DDR-Zeiten die gleiche wie sie auch heute noch ist. Zur Illustration möchte ich ein drastisches Beispiel geben. Wenn sich Urlauber in dem vereinten Deutschland eine Urlaubsermäßigung vom Reisebüro zurückgeben lassen, weil sie an ihrem Tisch gegenüber Behinderte gesehen haben, und sich dadurch belästigt gefühlt haben, muß man das als Wertminderung betrachten. Diese Tatsache meine ich damit. Das wollte ich zum Ausdruck bringen. Da sind wir alle als Gesellschaft gefordert noch ein Stück mehr zu tun. Die Rahmenbedingungen sind auf jeden Fall vorhanden. Wir müssen damit arbeiten. Wenn ich Urlaubsreisen für Behinderte beantrage, bereitet das in der Regel Schwierigkeiten. Wir stoßen, auch wenn wir in Gruppen in Gaststätten gehen, immer wieder auf Hindernisse, auf Ausreden: „Es ist alles besetzt“ oder „das Restaurant erwartet eine geschlossene Gesellschaft“. Dann ziehen wir mit unseren 12 Behinderten wieder ab. Trotz idealer Bedingungen, trotz guter Pflegesätze, trotz herrlicher Mindestbauverordnungen eines neuen Heimes, was wir Ende des Jahres beziehen, hat sich an der gesellschaftlichen Akzeptanz nichts verändert. Das habe ich mit meinem letzten Appell gemeint.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte Ihnen eigentlich auch sagen, daß das überwiegend auch als ein Appell an die Mitmenschlichkeit, die nicht systemgebunden ist, verstanden worden ist. Herr Dr. Schwitzer, Ihnen wurde eine Frage vom Sv. Kowalczuk gestellt. Ich bitte Sie, diese Frage noch zu beantworten.

Dr. Klaus-Peter Schwitzer: Ich möchte die Gelegenheit nutzen und auch noch zwei Bemerkungen machen. Ich dachte jetzt an die Sonderabteilungen in den Krankenhäusern, weil die meisten Polikliniken in der DDR auch Sonderabteilungen von Krankenhäusern waren, die eigentlich schon Ausnahmen waren, das waren die sogenannten Ambulanzen oder das Betriebsgesundheitswesen, aber das würde ich nicht unbedingt als Errungenschaft der DDR bezeichnen.

Ich komme jetzt zu Ihrer Frage, Herr Kowalczuk. Erstaunlicherweise gab es von Medizinern, die sich der Altersforschung zugewandt haben, Ende der 60er bzw. Anfang der 70er Jahre mehrere Untersuchungen. Diese Untersuchungen sind natürlich nicht vergleichbar mit den heutigen Kriterien, die an sozialwissenschaftliche repräsentative Untersuchungen gestellt werden. Aber es gab etwas Erstaunliches. Es gab schon einmal auf deutschem Boden einen gesamtdeutschen Altenplan. Dieser war wissenschaftlich begründet und ging von demographischen Aspekten aus, mit der Ausrichtung auf das Jahr 2000. Umfangreiche sozialwissenschaftliche Untersuchungen und eine Arbeitsgruppe, die sich damit intensiv beschäftigte, wurden an unserem Institut 1985/86 gegründet. Die ersten Ergebnisse wurden zur Kenntnis genommen und lobend erwähnt. Eine Gruppe wurde sogar mit einem „Kollektivorden“ ausgezeichnet, aber von den Ergebnissen haben wir nie wieder etwas gehört. Eigentlich hatte man kein Interesse an den Ergebnissen. Die DDR-Sozialwissenschaftler und Demographen, die damals daran gearbeitet haben, sind davon ausgegangen, daß es nicht mehr ausreicht, die DDR-Gesellschaft zu analysieren. Sinnvoll sei es vielmehr, wenn man überhaupt etwas verändern wolle, daß man Schlußfolgerungen für die Gesellschaft ziehen müßte und die Kosten berechnen sollte. Mitte der 80er Jahre startete jedoch erst diese Vorgehensweise.

Zu dem Aspekt der Behindertenproblematik läßt sich folgendes anmerken: Die Aussage, ab Ende der 70er Jahre gab es in den Rechtsvorschriften der DDR den Begriff „nicht mehr bildungsfähig“, ist einfach sachlich falsch. Dieser Passus war tatsächlich in den Rechtsvorschriften der DDR bis Ende der 70er Jahre enthalten. Jedoch wurde von Seiten der Kirche, insbesondere von der Inneren Mission und der Caritas dagegen protestiert. Dieser Protest wurde dann akzeptiert.

Das Problem bei den Behinderten war auch ein Widerspruch zwischen Gesundheitswesen und Volksbildung. Behinderte Kinder wurden in der DDR nach der Geburt erfaßt, und sie wurden auch mit mehr oder weniger Engagement behandelt. Es gab hervorragende Betreuungsmodelle. Sie funktionierten solange, wie das Gesundheitswesen dafür zuständig war, also vom Krippenalter bis zum 5. bzw. 6. Lebensjahr. Im Anschluß daran war die Volksbildung dafür zuständig. Dann funktionierte es schon nicht mehr. Man hatte versucht, gesunde, behinderte sowie geschädigte Kinder in Krippen und Kindergärten bis zur Schule gemeinsam zu führen. Dagegen stellte sich aber die Volksbildung. Dann gab es noch etwas, was ich mit solchen großen Begriffen und so einem großen Vorhaben überhaupt nicht fassen kann. Es gab natürlich engagierte Leute in der CDU, in der Caritas etc., die im Interesse der Bürger etwas bewegen wollten. Es gab eine Art Solidarität der alten Männer, die konstatierten: Um die Betreuung zu gewährleisten, brauchen wir mehr Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Die Resonanz des Ministers für Gesundheitswesen sah so aus: „Wir sind dazu nicht in der Lage“. Das Problem wurde dadurch gelöst, daß die Technik und die Ausstattungsmaterialien aus der Bundesrepublik in die DDR kamen. Die DDR sah großzügig darüber hinweg, weil es der Betreuung der eigenen Bürger zugute kam. Kein niedergelassener Arzt, kein

Privatarzt und kein Pastor hätte sich irgendwelche Apparate oder Vervielfältigungstechnik aus dem Westen schicken lassen dürfen. Das Zugeständnis der staatlichen Seite wurde, aus uns bekannten Gründen, in diesem Fall jedoch gegeben.

Daß das Geld nichts nutzte, die Baukapazität und die Handwerkerkapazität nicht ausreichten, galt nicht nur für den Behindertenbereich sondern für alle Bereiche. Bei den 1.500 Alten- und Pflegeheimen, darunter 1.300 staatliche Heime, hätten 10-15 % nach altbundesdeutschen Maßstäben weiterbetrieben werden können. 40 % der Heime waren abrißreif.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man könnte hier auch noch so einiges anmerken, aber ich lasse jetzt einmal die Verbindung zwischen dem Diakonischen Werk und KoKo beiseite, die es in dem Zusammenhang auch gegeben hat.

Wir haben jetzt noch vier Wortmeldungen. Ich bitte Sie alle, Ihre Fragen und Statements auf jeweils ca. 3 Minuten zu begrenzen. Wir haben dann noch die gleiche Zeit für die Beantwortung der Fragen zur Verfügung.

In der Reihenfolge: Herr Gutzeit, Herr Professor Burrrichter, Frau Kurzhals, Herr Meckel.

Sv. Martin Gutzeit: Ich möchte mit einer Frage an Herrn Dr. Schwitzer beginnen, die die Entwicklung der Zufriedenheit der alten Menschen betrifft. Haben Sie nähere Angaben zu regionalen Unterschieden oder auch zu politischen Präferenzen? Spielen diese Angaben bei dieser Entwicklung eine Rolle?

Eine Frage möchte ich auch an Herrn Dorbritz richten. Mich interessiert noch einmal die Differenzierung zu der Frage der Kinderlosigkeit. Gibt es da noch nähere Angaben zu sozialer Zugehörigkeit, zu sozialen Schichten, zu sozialen Milieus und Unterschieden zwischen Ost und West?

Schließlich kann ich mir auch eine Bemerkung zu den Äußerungen von Herrn Dr. Schroeder nicht verkneifen. Ich habe 1990 auch in der Volkskammer gesessen. Wir waren in der Koalition mit der CDU und haben einen Koalitionsvertrag gemacht, in dem auch deutschlandpolitische Aussagen enthalten waren. Ich kann mich entsinnen, in Übereinstimmung mit der SPD, im Westen doch dafür gesorgt zu haben, was die deutsche Vereinigung betrifft, mehrmals zwei Drittel Mehrheiten organisiert zu haben. Ich kann nicht sehen, daß der Bundeskanzler Kohl bei uns auf Widerstand gestoßen ist. Verstehen Sie, diese Art von Polemik finde ich einfach irgendwie schief und falsch.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Professor Burrrichter bitte.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrrichter: Ich erspare mir aus Zeitgründen die übrigen Fragen. Ich möchte auch eine Anmerkung und zwei Fragen an Herrn Schroeder richten.

Herr Vorsitzender, ich akzeptiere Ihren Moderatorenhinweis zu diesem Referat, jetzt nicht in die Grundsatzdiskussion einzutreten. Ich finde diese Handhabung auch richtig. Es ist jedoch mit dem Nachteil verbunden, daß im Protokoll, das zu dieser Veranstaltung erscheinen wird, nicht deutlich wird, welche Punkte in dem Referat von Herrn Schroeder auf grundsätzlichen Dissens gestoßen sind.

Meine Fragen sind auch mit Bezug auf die Sozialpolitik ausgesucht. Herr Schroeder, ich finde eine gewisse Schiefelage in Ihrer Argumentation. Sie bekunden, daß die gewaltigen Erfolge der Vereinigungspolitik gegenüber den zweifellos vorhandenen und dennoch überbewerteten Schwierigkeiten verblasen. Sie zählen die Gebiete auf, von denen Sie meinen, daß da noch Versäumnisse vorhanden sind. Auf Seite 11 Ihres Manuskriptes heißt es: „Der Verzicht auf gesamtdeutsche Reformen etwa zur Entbürokratisierung, zum Umbau des Sozialsystems, zur Vereinfachung des Rechtswesens oder zur Verteilung von Arbeit... hat dem Vereinigungsprozeß eine Ost-West-Schlagseite gegeben.“ Ich will das nicht weiter auflisten. Wir haben gestern über Sozialpolitik geredet, und da hat Herr Ludwig auf 10 fundamentale Sünden im Bereich der wirtschaftlichen Vereinigung hingewiesen. Diese reduzierten sich nicht nur auf die Verteilung von Arbeit. Hier halte ich Ihre Sichtweise auf die Versäumnissektoren für relativ beschönigend, zumindest aber nicht für zutreffend. Ich könnte noch weitere Gebiete wie Wissenschaft, Hochschulen usw. anführen. Das sind alles Gebiete, die im Grunde genommen problematisch verlaufen sind, und die man in einer solchen Arbeit – nach meinem Dafürhalten – aufzeigen müßte.

Der zweite Punkt, der mich sehr betroffen macht, besteht darin, daß Sie sich im Absatz 9 Ihrer Arbeit im Grunde genommen anmaßen, über die psychische Befindlichkeit einer großen Zahl von Menschen zu urteilen. Jetzt frage ich Sie: Haben Sie für die Tatsache, daß Sie diesen Leuten sozusagen psychologische Hemmschwellen unterstellen, die damit Realitätsverlust unterlegt, empirische Belege? Dankeschön.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Kurzhals bitte.

Abg. Christine Kurzhals (SPD): Meine Frage richtet sich erst einmal an Herrn Schroeder. Er gibt mir jetzt erst einmal die Gelegenheit, ein paar Fragen zum Thema Frauen zu stellen. Ich war ja vorhin etwas ausgeschaltet. Aus der ganzen heutigen Diskussion kam Legendenbildung, kam die These „Frauen als Verliererinnen der deutschen Einheit“ heraus. Es ist von Herrn Poppe heute schon festgestellt worden, daß auf dem Podium Frauen saßen, die nicht zu diesem Frauentyp gehören, die eigentlich zu den „Verliererinnen der deutschen Einheit“ zählen, aber das sind Ausnahmen. Rings um meine Erlebniswelt befinden sich Frauen, besonders Frauen der Jahrgänge 1945 bis 1965, die die Verliererinnen darstellen. Es betrifft die Frauen, die bestens als Facharbeiter, als Ingenieur und in nicht typischen Frauenberufen ausgebildet wurden. Ich selber habe zwei solche untypischen Frauenberufe. Diese Frauen sind trotz mehrfacher Fortbildung, Umschulung usw. arbeitslos. Jetzt ist heute schon

einmal angedeutet worden, daß in den Chefetagen 80 % Manager aus den Altbundesländern und nur ungefähr 10 % bis 20 % Manager aus dem Osten kommen. Ich habe feststellen müssen, daß gerade in diesen frauenuntypischen Bereichen wie das Handwerk und der Mittelstand, wo das Management vom Osten getragen wird, viel mehr Frauen eingestellt werden, als in Großbetrieben wie z. B. in großen Chemieanlagen. In diesen Großbetrieben dominieren Manager aus dem Westen, die dieses Urbild, Frauen gehören ins Wochenbett und hinter den Kochtopf, wieder richtig zum Erblühen gebracht haben. Diese Tatsache kommt mir hier immer zu kurz. Ich muß ganz ehrlich sagen, ich kann mich bei der Wiedervereinigung daran erinnern – ich komme aus der Großchemie –, daß die Frauen sogar gegen die Gewerkschaften kämpfen mußten, weil 50 % der Frauen in drei Schichten gearbeitet haben. Wir haben gegen die Gewerkschaften gekämpft, weil wir diese Arbeitsplätze für Frauen erhalten wollten. Das waren neue Gesichtsbilder. Schade, daß das alles wirklich bei der Einheit verlorengegangen ist. Diese Frauen sind wirklich die „Verlierer der deutschen Einheit“. Diese Frauen haben auch keine Chance auf dem Arbeitsmarkt, weil sie jetzt in dem undankbaren Alter zwischen 35 und 55 Jahren sind.

Herrn Dr. Schwitzer möchte ich noch eine Frage stellen. Sie haben erwähnt, daß die Rentner zu DDR-Zeiten über kein hohes Privatvermögen verfügten, und daß mit dem Umtausch dieses Vermögen noch einmal halbiert worden ist. Sie schätzen das Privatvermögen zwischen 6.000 und 7.000 Mark. Können Sie Zahlen nennen, wie das private Vermögen, also das Barvermögen oder überhaupt die Vermögenswerte der Rentner zur Zeit aussehen? Ist angespart oder nur konsumiert worden? Welche Werte stehen den Werten der Rentner aus den Altbundesländern gegenüber? Danke.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die letzten Bemerkungen bzw. Fragen kommen von Markus Meckel.

Abg. Markus Meckel (SPD): Die Vorhersage, daß es sich um Bemerkungen handelt, war richtig. Da ich bei den ersten Beiträgen des Podiums leider nicht dabei sein konnte, beziehe ich mich auf Herrn Schroeder und mache dazu einen Kommentar.

Ich stimme Ihnen zu, daß die zentrale Dimension einer verfehlten Vereinigungspolitik daran zu sehen ist, daß sie nicht für ein gesamtdeutsches Reformprojekt genutzt wurde, sondern daß sie faktisch so angelegt wurde, als ginge es nur um ostdeutsche Anpassungsleistungen. Dem stimme ich zu, wenngleich man in bezug auf die konkreten Inhalte, wo Reformen nötig sind, im einzelnen darüber sprechen müßte, und ich damit mit den von Ihnen identifizierten Punkten nicht in jedem Punkt übereinstimmen würde. Gleichwohl kann ich es nicht anders sehen, daß das, was Sie anderen vorwerfen, wenn Sie davon sprechen, daß da ideologisch motivierte Interpretationen oder Wahrnehmungsblokaden vorhanden sind, auch auf manche Punkte in Ihrem Text zutreffen. Ich nenne zwei Beispiele: Einmal sprechen Sie davon, daß Freiheit im Osten durch die Vereinigung zustande gekommen ist. Sie erwähnen diese Feststellung so-

wohl im Schlußteil als auch an der Stelle, wo es darum geht, daß politisch Verfolgte offensichtlich durch die Vereinigung nun endlich Freiheit gefunden haben. Hierbei bemerken Sie mit Recht, daß diejenigen, die vor 1989 politisch aktiv waren, heute nicht gerade auf Rosen gebettet sind. Dieser Aussage stimme ich auch zu. Daß dieser Zusammenhang von Ihnen richtig beschrieben wird, bestreite ich jedoch außerordentlich deutlich, denn ich glaube, der Zusammenhang ist genau andersherum. Dadurch, daß im Osten Deutschlands Freiheit erkämpft wurde, war die Vereinigung möglich. Die Freiheit ist kein Geschenk der Vereinigung, das möchte ich mit aller Klarheit festhalten, entgegen dem, was Sie hier geschrieben und gesagt haben. Ich denke schon, daß da eine ideologische Brille die Perspektive bestimmt.

Der zweite Punkt bezieht sich auf das Recht auf Arbeit, von dem Sie hier in Ihrem Text gesprochen haben. Es gibt kaum einen ernstzunehmenden Menschen in Deutschland, der glaubt, daß das Recht auf Arbeit als einklagbare rechtliche Möglichkeit sinnvoll in Verfassungen stehen könnte. Das behauptet niemand. Wenn Sie so tun, als wäre das eine in Deutschland vertretene These, muß ich Ihnen entgegenhalten, daß ich niemanden kenne, der dies vertreten würde. Gleichwohl ist die Diskussion um das Recht auf Arbeit keine Diskussion, die ihren Ursprung in einer verfehlten ideologischen Geisteshaltung aus DDR-Zeiten stammt, denn sonst könnte ich mir schlecht erklären, weshalb in der Sächsischen Verfassung im Art. 7 folgendes festgehalten wird: „Das Land erkennt das Recht eines jeden Menschen auf ein menschenwürdiges Dasein, insbesondere auf Arbeit, auf angemessenen Wohnraum, auf angemessenen Lebensunterhalt, auf soziale Sicherung und auf Bildung als Staatsziel an.“

Genau in diesem Sinne, d. h. als Staatszielbestimmung, war es unser Anliegen, dies auch in eine bundesdeutsche Verfassung hineinzubringen, was jedoch an den Mehrheiten gescheitert ist. Ich möchte aber auch hier noch einmal deutlich betonen, daß ich die Art, wie Sie den Umgang mit der Rede vom Recht auf Arbeit hier dargestellt haben, wirklich nur als ideologisch motiviert ansehen kann.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dem könnte man noch vieles hinzufügen wie z. B. den Verfassungsentwurf des Runden Tisches, des Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund Deutscher Länder und schließlich auch die Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat. Überall ging die Diskussion in diesen Fällen um Staatszielbestimmung und nie um die nostalgische Beschwörung sozialistischer Heilsversprechungen. Ich bitte, diese Tatsache wirklich zur Kenntnis zu nehmen, und vielleicht auch noch einmal in einer Mußstunde nachzulesen.

Wir sind am Ende der Fragen angelangt. Es gibt noch drei Antworten. Ich bitte zunächst Herrn Dr. Schwitzer um das Wort.

Zwischenruf eines Zuhörers: Darf ich noch eine Frage stellen?

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, leider ist das nach der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages nur dann möglich, wenn ausdrücklich die Kommission die Beteiligung der Öffentlichkeit beschließt. Dazu müßte unsere eigentliche Veranstaltung erst geschlossen werden. Das können wir uns aus Zeitgründen jetzt nicht leisten. Ich bitte Sie um Verständnis. Wir haben es in Einzelfällen so gehandhabt, aber wir haben jetzt nur noch die Zeit, um die drei Antworten zu hören. Herr Dr. Schwitzer bitte.

Dr. Klaus-Peter Schwitzer: Es gibt meines Wissens auch eine Reihe von Untersuchungen regionaler Art zu den Wanderungsbewegungen von der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW). Zur Untersuchung bezüglich der Zufriedenheiten gibt es erstmals Antworten, die nicht nach Regionen – die typischen repräsentativen Regionen aus Deutschland und Berlin wurden zwar erstellt –, sondern nach politischer Präferenz und Wahlpräferenz gegeben wurden. Ich kann an dieser Stelle – aus Zeitgründen – nur auf die Quellen verweisen.

Ich komme jetzt zum Bereich der Einkommen von Rentnern. 50 % der DDR-Rentner haben immer am Rande des Existenzminimums gelebt. Davon betroffen waren in erster Linie Frauen, genau wie heute. Auch wenn die Unterschiede zwischen Frauen- und Männerrenten prozentual größer werden und inzwischen fünfmal und viermal so groß sind wie zu DDR-Zeiten, muß man konstatieren, daß die Gesamtelation eine andere geworden ist. Gehen wir einmal davon aus, daß trotz des Hin und Her vor der Währungsunion, verbunden mit der Anlage von Neukonten und dem Verschieben, ein durchschnittlicher Rentnerhaushalt 11.400 Mark hatte. Nach der Währungsunion wurden daraus 8.700 DM bei den Rentnern.

Erstens haben die Rentner aufgrund der Rentenhöhe noch nie soviel Geld wie heute in der Hand. Zweitens haben die Rentner in den ersten zwei Jahren all ihre Konsumräume, die sie zu DDR-Zeiten nicht befriedigen konnten, befriedigt. Sie kauften sich in der Regel Autos und Farbfernseher sowie Möbel und Auslegware. Das waren so die Präferenzen. Seit 1993, 1994 wird auch wieder gespart. Die Sparquote steigt auch in den Rentnerhaushalten an.

Zu Ihrer zweiten Frage möchte ich Ihnen folgendes erwidern: 1992 haben Rentner und Pensionärshaushalte in Deutschland 54 Milliarden an Zinsen und Dividenden bekommen. Der Anteil der Ostdeutschen lag bei 2,4 Milliarden. So verhält sich in etwa die Relation. Neben dem Konsum tritt das Reisen. Ein Drittel aller Männer verreist zweimal im Jahr. Bei den Frauen handelt es sich um 50 %, die zweimal im Jahr verreisen. Wenn ich das vergleiche mit Untersuchungen aus DDR-Zeiten, ist die Zahl der Reisenden bedeutend größer geworden. Man muß jedoch hierbei beachten, welche Reisen unternommen wurden, früher waren das oftmals die berühmten Besuchsreisen zu den Verwandten.

Ich möchte noch eine letzte Bemerkung zu den Gewinnern und Verlierern machen. Alle DDR-Bürger sind Gewinner und Verlierer. Zu DDR-Zeiten waren die Rentner, die eigentlich freie und privilegierteste Klasse. Es waren die einzigen, die, sogar in Rechtsvorschriften geordnet, in den Westen reisen durften. Es war ihnen gestattet, wenn sie es wollten, mitsamt ihrem ganzen Hab und Gut auszureisen. Was kaum einer wußte, ist die Tatsache, daß sie ihr in der DDR Ersparnis – langfristig allerdings – 1:1 im Westen gegen D-Mark umtauschen konnten. Trotzdem sind relativ wenig Rentner gegangen. Über dieses Phänomen müßte man auch einmal nachdenken.

Ich habe noch eine Bemerkung zu den Gewinnern und Verlierern im Zusammenhang mit der Wanderungsbewegung. Es gibt natürlich ein Wanderungssaldo von über 1 Million in den ersten vier oder fünf Jahren. Es wanderten nicht die Alten, sondern die Jungen, die dynamischen, die disponiblen, die gut ausgebildeten Menschen. Es handelte es sich bei diesen in der Regel um Männer, wobei Frauen und Kinder nachfolgten. Da gibt es schon Probleme. Die Alten freuen sich, daß die jungen Menschen endlich Arbeit haben, daß sie eine Zukunft haben, daß sie nach ihren Interessen und Bedürfnissen ihr Leben einrichten können, und in den alten Bundesländern etwas gefunden haben. Trotzdem sind sie traurig, weil sie einst der Kinder und Enkelkinder wegen geblieben sind. Dieses Zusammenleben ist dann im lokalen, im regionalen Kontext plötzlich weggebrochen. Das sind so Probleme mit Gewinnern und Verlierern, die ich jetzt aus ganz anderer Sicht dargestellt habe, um von den materiellen und finanziellen Problemen wegzukommen.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dorbritz bitte.

Dr. Jürgen Dorbritz: Ich muß mich bei Herrn Gutzeit nach der Frage zur Kinderlosigkeit bedanken, weil ich einfach den Eindruck habe, daß hier ein demographischer Prozeß mit der Ausweitung der Kinderlosigkeit in Gang kommt, der familienpolitisch nicht ausreichend beachtet wird, und der auch noch zu wenig ins öffentliche Bewußtsein gelangt ist. Aber das war nicht Ihre Frage. Ihre Frage richtete sich nach den sozialen Milieus, in denen Kinderlosigkeit besteht. Wir haben bei unseren Untersuchungen zwei soziale Milieus gefunden. Das sind einmal die Frauen, die ein hohes Einkommen realisieren und sehr gut ausgebildet sind. Hier gehen wir davon aus, daß Entscheidungen für Beruf, für Karriere und gegen Kinder aus dem Grunde fallen, weil die Vereinbarkeitsbedingungen für Familie und Erwerbstätigkeit nicht als ausreichend angesehen werden. Die zweite Gruppe, in der Kinderlosigkeit relativ häufig zu finden war, sind diejenigen, die trotz Vollerwerbstätigkeit ein mittleres bis niedriges Einkommen erzielen. Hier ist anzunehmen, daß aus Gründen der Kinderkosten die Entscheidung gegen Kinder ausfällt. Also hier geht es um die Frage Kind oder Konsum. Man geht davon aus, daß Kinder den bisherigen Lebensstil, das bisherige Lebensniveau einschränken würden, und man entscheidet sich aus diesen Gründen, weil man nicht auf seinen bisherigen Lebensstil verzichten will, gegen Kinder. Im Osten ist das auf diese Weise noch nicht zu

beantworten. Um die Ursachen der Kinderlosigkeit ermitteln zu können, braucht es natürlich eine Weile. Die Frauen müssen in aller Regel schon über 35 bis 40 Jahre alt sein, damit man gesichert feststellen kann, daß sie kinderlos bleiben werden. Erst im Anschluß daran können wir nach den Motiven suchen. Unsere demographischen Schätzungen zur Kinderlosigkeit sind dort noch nicht so weit vorangeschritten. Die sozialwissenschaftlichen Untersuchungen haben das auch nicht ausreichend abgedeckt. Ich kann darüber nichts sagen. Relativ sicher scheint mir zu sein, daß es im Osten auch eine Ausweitung von Kinderlosigkeit geben wird.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Schroeder, an Sie waren noch Anmerkungen und Fragen gerichtet. Sie müssen nicht unbedingt zu den Anmerkungen Stellung nehmen, aber ich bitte Sie, die Fragen zu beantworten.

PD Dr. Klaus Schroeder: Wahrscheinlich liegt Ihnen auch gar nicht an den Antworten. Ich gebe sie trotzdem. Der erste Punkt betraf das Recht auf Arbeit. Ich habe nicht gesagt, daß es nicht möglich wäre, dieses festzuschreiben, sondern ich habe nur darauf hingewiesen, welche Konsequenzen eine Verwirklichung des Rechts auf Arbeit haben würde. Ich erinnere an die Initiative des ÖTV-Chefs, ob wir nicht damit beginnen sollten, Arbeitszeit und Einkommen zu reduzieren, um Arbeit hierüber anders zu verteilen. Ich halte es freilich für unsinnig, das Recht auf Arbeit als Staatszielbestimmung in die Verfassung aufzunehmen, weil es einfach die Realitäten verwischen würde. Realität ist die Privatautonomie über Investitionsentscheidungen. Wenn daran nicht gerüttelt wird, ist das Recht auf Arbeit eine Proklamation ohne jeden Wert.

Herr Meckel, ich habe in der Tat nicht die gewonnene Freiheit und die deutsche Einheit gleichsetzen wollen. Ich habe die deutsche Einheit als Endprozeß des Zusammenbruchs der DDR und der Befreiung von der SED-Diktatur verstanden. Ich sehe durchaus die Differenz zwischen dem, was die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung politisch wollte, nämlich den Anschluß an den Westen, und dem, was Teile der Bürgerrechtsbewegung wollten. Darauf wollte ich hinweisen.

Ich komme jetzt zum Bereich der Frauen in der chemischen Industrie. Frau Kurzhals, wir haben gerade im Auftrag der IG Chemie eine sehr ausführliche Studie über die ostdeutsche chemische Industrie durchgeführt. Aus diesem Grund sind wir überhaupt erst auf diese Thematik gestoßen. Hierbei haben wir wider Erwarten festgestellt, daß Frauen nicht häufiger als Männer entlassen wurden. Das war für uns unbegreiflich, denn wir hatten damit gerechnet, daß viel mehr Frauen entlassen worden sind. Im Chemiebereich jedenfalls sind aber nicht mehr entlassen worden. Der entscheidende Punkt war stattdessen, daß bei Neueinstellungen Frauen benachteiligt waren.

Mit den statistischen Hinweisen habe ich nur sagen wollen, daß der Beschäftigungsanteil der Frauen an den Erwerbstätigen nicht in dem Maße gesunken ist, wie es statistische Verzerrungen nahelegen. Gleichzeitig habe ich aber betont,

daß die Wucht des Transformationsprozesses natürlich Frauen genauso betrifft wie Männer. Auf jeden Fall sind die Frauen nicht so stark benachteiligt, wie es den Anschein hat. Mehr wollte ich nicht bekunden, auf keinen Fall wollte ich das schönreden, was an negativen Folgen da war und ist.

Herrn Burrichter möchte ich folgende Antwort geben: Ich halte die eingeschlagene Privatisierungsstrategie prinzipiell für richtig. Ich glaube, daß sie sich langfristig auch als sinnvoll erweisen wird. Diese Vermutung ist derzeit spekulativ, aber ich glaube, daß wir die Erfahrungen in anderen postsozialistischen Ländern wie Polen oder Tschechien berücksichtigen müssen, um ein differenziertes Bild zu erhalten. Man kann es jedenfalls nicht vorab sagen, daß dieser oder jener Weg generell richtig ist. Ich jedenfalls glaube, daß es richtig war, zu privatisieren.

Für schlecht halte ich es, daß nicht viel mehr Unternehmen an Mitarbeiter übergeben wurden. Den Weg, Unternehmen nur an westdeutsche Unternehmen zu übertragen, sehe ich mit großer Skepsis. Die Schlagseite besteht doch auch darin, daß viele glauben, daß über sie verfügt werde. Wenn wir den Vereinigungsprozeß nicht immer nur in materieller Hinsicht, sondern auch immateriell bewerten und den Leuten viel mehr Selbstverantwortung geben würden, dann hätten wir auch viele Probleme nicht, die wir jetzt vermeintlich haben.

Ich sage noch einmal zur anderen Thematik, wir finden in allen Bereichen, in denen über Jahre, Jahrzehnte hinweg subventioniert wird, negative Effekte. Ich denke, wir sollten diesen Fehler nicht wiederholen. Mir ist klar, daß Parteipolitik eine Rolle spielt. Aber von der ökonomischen Warte her halte ich es für richtig, die Subventionierung nicht zu übertreiben.

Sie kritisierten mich auch im Zusammenhang mit der sozialpsychologischen Beurteilung. Ich will Ihnen sagen, woraus ich das entnommen habe. Den ersten Punkt, daß die Leistungen nicht anerkannt sind, finden Sie in fast allen Umfragen von Allensbach oder Emnid. Den zweiten Punkt – die These vom Kollaborationsverdacht, wie ich das genannt habe – habe ich von Detlev Pollack übernommen. In einem Vortrag vom Juni 1996, veröffentlicht in der Frankfurter Rundschau, faßt er verschiedene Studien zum Transformationsprozeß unter dem Motto zusammen: „Alles ändert sich, bloß der Ossi nicht“. Es ist insoweit eine These von Pollack, die ich übernommen habe. Dabei habe ich Pollack unterstellt, daß er die Studien, auf die er sich stützt, seriös angelegt hat.

Herr Gutzeit und Herr Meckel, trotz der Attacken, die Sie mit Ihren Bemerkungen, die ich wiederum nur als Polemik werten kann, gegen mich gerichtet haben, möchte ich gerade Ihnen sagen, daß die Ost-SPD, die SDP, die erste Kraft innerhalb der Opposition war, die ohne wenn und aber den Parlamentarismus nach dem Sturz der SED-Diktatur wollte. Sie waren damit in der Tat auch die Vorreiter der deutschen Einheit. Ich habe hier ganz bewußt von Teilen der westdeutschen SPD und vor allen Dingen den Grünen gesprochen, und nicht auf die SDP abgestellt. Entschuldigung, aber auf dieses Boot möchte ich nicht geschoben werden. Die SDP ist die Oppositionskraft gewesen, die als

erste und am vehementesten den Weg, der dann vollzogen wurde, auch gefordert hat, auch gegen den Widerspruch aus den Reihen der SPD. Das möchte ich trotz Ihrer Polemik hervorheben. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir sind am Ende der Diskussion. Ich muß zugeben, daß es mir etwas schwergefallen ist, die Diskussion zu moderieren. Wenn ich den Eindruck habe, daß ein Wissenschaftler ein wenig die Distanz zu seinem Stoff verliert, und somit auch parteipolitisch interpretierbar wird, dann ist das auch für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages sehr schwierig, da sie dann, entsprechend ihrer politischen Aufgabe, dazu Stellung nehmen muß. Insofern müssen Sie das auch verstehen, wenn entsprechend harte Reaktionen kommen, wenn Sie Noten an die einzelnen Fraktionen oder an die dahinterstehenden Parteien verteilen. Mir verbleibt auch noch einmal das Recht, Ihren Vorwurf – den Sie ja stehen lassen – an die Bürgerbewegungen als erbitterte Vereinigungsgegner, entschieden zurückzuweisen. Ich halte dieses in der Tat für unwissenschaftlich und ausschließlich polemisch. Ich weiß, wir können diese Diskussion nur in einem anderen Rahmen fortsetzen oder am Rande dieses heutigen Abends.

Ich danke allen Beteiligten, allen Referenten, die hier vorgetragen haben und allen, die sich an der Diskussion beteiligt haben. Es war ein anstrengender Tag. Gestern haben wir 10 Stunden und heute haben wir ebenfalls 10 Stunden debattiert. Ich glaube, daß das natürlich auch seine Folgen haben wird. Wie immer hat der Vorsitzende das letzte Wort.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Vielen Dank, Herr Poppe, für Ihre Moderation. Sie hatten es tatsächlich von allen Moderatoren am schwersten. Morgen, das kann ich versprechen, werden es weniger Stunden werden. Ich will nur daran erinnern, daß wir uns morgen früh um 9.00 Uhr im Plenarsaal des Neuen Rathauses am Rathausplatz 1 treffen. Wir werden dann auch nur ein Thema behandeln, das Ihnen ja bekannt ist.

Ich möchte die Fraktionen bitten, daß wir morgen mindestens ein bis zwei Abgeordnete von den großen Fraktionen anwesend haben, denn die Beteiligung gibt mir zu denken. Die Veranstaltung war in dieser Form mit der Zustimmung aller Fraktionen konzipiert. Die Öffentlichkeit hat dann auch einen Anspruch darauf, daß wir in entsprechender Besetzung unsere Aufgaben wahrnehmen. Natürlich ist mir genauso bekannt, daß trotzdem noch Termine nebenbei weiterlaufen. Ich bitte darum, die Präsenz morgen nicht schon um 10.00 Uhr abbrechen zu lassen, sondern daß der vorgesehene Rahmen eingehalten wird. Wenn man es noch kann, wünsche ich allen einen schönen Abend.

Mittwoch, 5. März 1997

Vorsitzender Siegfried Vergin: Zu unserer Anhörung heiße ich Sie alle herzlich willkommen. Ich freue mich insbesondere, daß Herr Dr. Ihme, der zweite Bürgermeister der Landeshauptstadt Dresden, uns hier im neuen Rathaus begrüßen wird. Die Mitglieder der Enquete-Kommission können in wenigen Minuten nachlesen, welche Geschichte in diesem Raum ihre Bedeutung hat. Die-

ser Raum ist wirklich ein historischer Raum auch im Zusammenhang mit unserer Arbeit in der Enquete-Kommission. Hier wurden nach den mir vorliegenden Unterlagen die ersten Schritte unternommen, um den Prager Frühling zu zerstören. Insofern haben wir also ein Background in diesen Räumen, wie Diktaturen mit freiheitlichen Bewegungen umgehen. Wie gesagt, die Mitglieder der Enquete-Kommission bekommen einen entsprechenden Aufsatz dazu, ich habe ihn vervielfältigen lassen.

Das heutige Thema „Erfolge und Probleme im Transformationsprozeß in Wirtschafts- und Sozialpolitik“ unter dem Stichwort „Ausblick“ wird eine Zusammenfassung der 23stündigen Anhörung, die wir hier bisher in Dresden hinter uns gebracht haben, versuchen. Das ist vielleicht auch für die Öffentlichkeit mal ganz interessant zu erfahren, daß diese Bundestagsabgeordneten in drei Tagen in der Lage sind, die normale Wochenarbeitszeit hinter sich zu bringen. Die Einführung in diese Abschlußpodiumsdiskussion wird Herr Spiller vornehmen. Ich wollte Sie hier in diesem Raum begrüßen und meine Freude zum Ausdruck bringen, daß Sie, Herr Dr. Ihme, in Vertretung Ihres Oberbürgermeisters jetzt zu uns ein Grußwort sprechen wollen. Ich bitte Sie jetzt schon, dem Oberbürgermeister unsere Grüße zu übermitteln und ihm Dank zu sagen, daß wir hier in diesen historischen Räumen die Tagung beenden können.

Dr. Bernd Ihme: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, vielen Dank noch einmal für die freundlichen Worte, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Gäste der Landeshauptstadt Dresden. An Ihrem abschließenden Arbeitstag in der Sächsischen Landeshauptstadt begrüße ich Sie recht herzlich im Dresdner neuen Rathaus. Das Abschlußpodium Ihrer öffentlichen Anhörung zur Wirtschafts- und Sozialpolitik begleiten auch die besten Wünsche von Oberbürgermeister Dr. Wagner, der Sie gern persönlich empfangen hätte, aber als Vizepräsident des deutschen Städtetages hat er außerhalb von Dresden eine Verpflichtung. Wir freuen uns, daß Sie für Ihre Diskussion zu dem wichtigen Thema das spannende Dresdner Umbruchambiente gewählt haben. Elbflorenz im Wandel. Für Ihre Gespräche ist dies gewiß zusätzlich anregend. Jahrhundertalte Kulturlandschaft und leistungsfähiger Wirtschaftsstandort, Ort kunsthandwerklicher Tradition und Nährboden innovativer Kraft, Schatzkammer der Kurfürsten und Ackerland für Hightechindustrien. Das bald 800jährige Dresden ist ein Ort der Symbiosen. Kultur und Wirtschaft laufen im Gespann. Beides findet hier eine glückliche Verbindung. So ist Dresden nicht allein das von Johann-Gottfried Herder liebevoll benannte Florenz des Nordens, sondern auch der Ort, an dem Johann Friedrich Böttcher die Rezeptur für das europäische Hartporzellan fand. Heute heißt es Meißner Porzellan, damit verkauft es sich auch besser. In Dresden komponierte nicht nur Karl Maria von Weber den Freischütz, sondern hier konstruierte auch Johann Andreas Schubert die erste deutsche Dampflokomotive.

Heute, im wiedervereinten Deutschland hat Dresden als ehemals viertstärkste Wirtschaftsregion Deutschlands die Chance, an seine wirtschaftlichen Traditionen anzuknüpfen. Schon wird sichtbar, Dresden holt Nachkriegsrückstände